

Schmidt, Kunibert; Hassbach, Friedrich; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Die Erwartungen der Industrie für 1996

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmidt, Kunibert; Hassbach, Friedrich; Wissing, Franz-Josef; Zechlin, Hans-Jürgen (1995) : Die Erwartungen der Industrie für 1996, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 12, pp. 639-647

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137303>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Industrie für 1996

Für das kommende Jahr wird von Konjunkturbeobachtern mit einem abgeschwächten Wirtschaftswachstum gerechnet. Wie schätzt die Industrie ihre Aussichten für 1996 ein? Welche Erwartungen hat sie an die Wirtschaftspolitik?

Kunibert Schmidt

Die Automobilkonjunktur gerät ins Stocken

Im Laufe des Jahres 1995 geriet die Automobilkonjunktur ins Stocken. Dank einer lebhaften Entwicklung im ersten Jahresdrittel ergibt sich für die Automobilproduktion für 1995 insgesamt noch eine beachtliche Zuwachsrate von 6 bis 7%, doch zeigt der Trend seit dem vergangenen Sommer eindeutig nach unten. Zwar überwiegen die Erwartungen, daß sich der Produktionsverlauf in den nächsten Monaten stabilisiert, doch bleiben Zweifel an einer baldigen konjunkturellen Befestigung bestehen.

Die Ursachen für das ungewöhnlich frühe Erlahmen der Auftriebskräfte sind schnell aufgezählt. Es handelt sich vor allem um die Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit als Folge der Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten und der Tarifabschluß in der Metallindustrie mit seinem gravierenden Kostenschub, aber auch um die nachlassende Nachfrage auf wichtigen europäischen Auslands-

märkten. In erster Linie ist der Dämpfer für die Automobilkonjunktur somit „made in Germany“.

Produktionsbelebung läuft aus

Trotz der Belastung der privaten Haushalte durch die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags, die Pflegeversicherung sowie weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen kam es 1995 im Jahresverlauf zu einer Stabilisierung der Pkw-Neuzulassungen. Mit einem Anstieg um 4% dürfte der Zuwachs jedoch 1995 recht bescheiden bleiben. Für die deutschen Hersteller kommt erschwerend hinzu, daß die ausländischen Anbieter angesichts der veränderten Wettbewerbsbedingungen seit der Jahresmitte Marktanteile gewinnen können. Auch der Ausblick auf das Jahr 1996 gibt kaum Anlaß zu Optimismus. Zwar werden die privaten Haushalte durch die Korrekturen am Lohn- und Einkommensteuertarif sowie die Verbesserungen beim Kindergeld begünstigt, doch zehren vor allem die

Anhebungen der Sozialversicherungsbeiträge mehr als die Hälfte dieses Vorteils wieder auf. Hinzu kommt, daß als Folge der Verschlechterungen bei der steuerlichen Behandlung von Dienst- und Geschäftswagen Absatzeinbußen zu erwarten sind, ein Effekt, der angesichts der bisher noch guten Position deutscher Anbieter im oberen Marktsegment de facto eine Diskriminierung der inländischen Automobilindustrie darstellt. Derartige Parforceritte des Gesetzgebers – die entsprechenden Passagen wurden erst im Rahmen des Vermittlungsverfahrens in das Jahressteuergesetz 1996 eingefügt – sind kaum geeignet, die Beschäftigungschancen in Deutschland zu verbessern.

Gestützt wird die inländische Pkw-Nachfrage andererseits durch einen zunehmenden Ersatzbedarf, aber auch durch ein technisch wie wirtschaftlich attraktiveres Modellangebot, so daß es 1996 zu einem weiteren leichten Anstieg der Neuzulassungen von

Pkw/Kombi kommen sollte. Dabei dürfte der Ausländeranteil zunehmen, gleichzeitig könnte es zu einem die Umsatz- und Ertragsaussichten dämpfenden Downsizing-Effekt kommen.

In Westeuropa schwächte sich der Automobilabsatz im vergangenen Herbst ab. In Frankreich, Spanien und Dänemark, die zwar durch eine Verschrottungsprämie den Pkw-Absatz angeregt hatten, kam es nach deren Auslaufen zu einem deutlichen Nachfragerückgang. Insgesamt ergab sich deshalb auf den europäischen Auslandsmärkten eine Stagnation. Dies und die Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit tragen dazu bei, daß die deutsche Pkw-Ausfuhr seit dem Sommer zurückgeht. Dank des vorangegangenen starken Anstiegs der Lieferungen wird das Jahr dennoch voraussichtlich mit einem Plus von 7 bis 8% abschließen. Zwar wird sich die Automobilnachfrage 1996 in Westeuropa voraussichtlich wieder leicht erholen, doch werden die deutschen Hersteller ihren Marktanteil voraussichtlich nicht halten können, so daß die Pkw-Ausfuhr das Niveau dieses Jahres kaum übersteigen dürfte. Für die Produktion von Pkw/Kombi wird sich somit 1996 allenfalls ein geringfügiges Plus ergeben.

Im Nkw-Sektor konnte die Produktion 1995 deutlich ausgeweitet werden, doch zeigte sich auch hier seit dem Herbst eine Abschwächung. Expansiv entwickelte sich insbesondere die Ausfuhr, die 1995 das Vorjahresniveau um ein Viertel übertreffen dürfte. Inzwischen hat sich jedoch die Auslandsnachfrage deutlich abgeschwächt. Die inländischen Nkw-Neuzulassungen stagnieren im laufenden Jahr, wobei sich bei den leichten Fahrzeugen ein Minus abzeichnet, während bei den schweren Klassen

noch ein leichter Anstieg zu erwarten ist. 1996 dürfte bei weiterhin stagnierendem Inlandsabsatz und erheblich geringeren Impulsen von den Auslandsmärkten nur noch mit einem bescheidenen Produktionsanstieg im Nkw-Sektor zu rechnen sein.

Strukturwandel erhält neue Akzente

Seit 1991 verzeichnet die Automobilindustrie einen Beschäftigtenrückgang um ein Fünftel. Trotz eines Produktionsanstiegs verringerte sich auch 1995 die Zahl der Beschäftigten weiter, wenn auch nur um rund 1%. Dabei kam es in der Kfz-Teile- und -Zubehörindustrie im Frühjahr zwar noch zu einem leichten Beschäftigungsaufbau, doch das Nachlassen der Auftriebskräfte im Sommer dieses Jahres erschwert den Unternehmen die Bewältigung des in Gang befindlichen strukturellen Wandels. Ein Ende des Beschäftigungsab-

baus ist deshalb nicht abzusehen. Das noch stärker gewordene Kostengefälle zu den ausländischen Wettbewerbern zwingt zur Fortsetzung der Bemühungen zur Steigerung der Produktivität und zur Senkung der Kosten.

Ein Weg zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit stellt der verstärkte Bezug von Vorleistungen aus dem Ausland dar. Wo dies nicht mehr ausreicht, werden Fertigungen an kostengünstige Standorte verlagert, sei es nach Asien, Amerika oder nach Osteuropa. Wie Umfragen bestätigen, suchen gerade zahlreiche Zulieferunternehmen inzwischen durch den Aufbau von Fertigungen im Ausland ihre Kostenprobleme in den Griff zu bekommen. Die damit einhergehenden Arbeitsplatzverluste im Inland werden sich als irreversibel erweisen.

Es klingt wenig überzeugend, wenn angesichts dieses durch überzogene Tarifabschlüsse beschleunigten Prozesses von der IG Metall nach einem Beschäftigungspakt gerufen wird. Die Gewerkschaft hätte ihrer Mitverantwortung für die Arbeitsplätze 1995 durch einen moderaten Tarifabschluß und den Verzicht auf eine Arbeitszeitverkürzung gerecht werden können. Dieser Tarifvertrag legt die Lohnsätze bis Ende 1996 fest. Nun kann die Gewerkschaft nicht allein aufgrund der Ankündigung eines teilweisen Verzichts auf Lohnsteigerungen für 1997 – beim Inflationsausgleich soll es ja auch dann bleiben – im kommenden Jahr bereits zusätzliche Arbeitsplätze erwarten. Nur dann, wenn die Lohnsteigerungen über mehrere Jahre hin deutlich unter dem Produktivitätsanstieg bleiben, werden die Unternehmen wieder Vertrauen für Entscheidungen zugunsten verstärkter Investitionen in Deutschland finden und

Dr. Kunibert Schmidt, 50, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt/Main.

Dr. Friedrich Hassbach, 57, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Wiesbaden/Bonn.

Dr. Franz-Josef Wissing, 56, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt/Main.

Dr. Hans-Jürgen Zechlin, 58, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.

so einen Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigung leisten können. Ein einmaliges Notopfer wird dazu nicht ausreichen.

Lohnzurückhaltung allein genügt nicht, den Standort Deutschland wieder attraktiver zu machen. So müssen etwa die Voraussetzungen für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit weiter verbessert werden. Der Samstag wird auch in Deutschland wieder zu einem Regelarbeitstag werden müssen. Die staatliche Sozialpolitik muß die

Weichen in Richtung einer Reduzierung der Lohnnebenkosten stellen. Mit den 1996 wirksam werdenden Beitragserhöhungen bei der Renten- und der Krankenversicherung geschieht das Gegenteil.

Die steuerliche Belastung der Unternehmen übertrifft in Deutschland weiterhin diejenigen in vielen Konkurrenzländern beträchtlich. Dies ist ein weiteres Hemmnis für Investitionen im Inland. Deshalb ist eine Reform der Unternehmensbe-

steuerung, die bei der Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer auf gewerbliche Einkünfte sowie der Gewerbesteuer eine wesentliche Entlastung bringt, vorrangig. Die Politik verfolgt einen falschen Ansatz, wenn sie damit warten will, bis eine bessere wirtschaftliche Lage ihr diesen Schritt erleichtert: Die steuerliche Entlastung der Unternehmen ist vielmehr eine wichtige Voraussetzung für die Belebung des Wachstums und damit zur Verbesserung der Beschäftigungschancen.

Friedrich Hassbach

Die Bauwirtschaft vor dem Strukturwandel

Die Baukonjunktur hat sich 1995 in Westdeutschland schlechter entwickelt als zu Beginn des Jahres erwartet. Die Bauinvestitionen haben nach unseren Schätzungen gegenüber dem Vorjahr nur um real 0,5% auf 353 Mrd. DM zugenommen. Stabilisierender Faktor war der Wohnungsbau, der aber preisbereinigt nur noch um 0,5% zugelegt hat. Der westdeutsche Wohnungsbau stagnierte auch 1995 trotz des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs. Bremsklotz der Entwicklung war einmal mehr der Öffentliche Bau, dessen Volumen preisbereinigt um gut 4% zurückging. Entsprechend verschlechterte sich die Ertragslage, mit der Folge, daß 1995 etwa 2500 Unternehmen des Bauhauptgewerbes Konkurs anmelden mußten.

In den neuen Bundesländern setzte sich das Mengenwachstum fort, die Bautätigkeit nahm um real 11% auf 144 Mrd. DM zu. Allerdings war nur noch der Woh-

nungsbau Motor der baukonjunkturellen Entwicklung. Das preisbereinigte Wachstum lag bei etwa 23%. Mit Gesamtinvestitionen von gut 63 Mrd. DM war der Wohnungsbau erstmals stärkste Bauparte. Deutlich zurückgebildet hat sich dagegen die Wachstumsrate im ostdeutschen Wohnungsbau, von 12% im Jahr 1994 auf nur noch 5% 1995. Noch deutlicher zurück ging die Wachstumsrate im ostdeutschen Öffentlichen Bau. Nachdem sie 1994 noch bei real 14,3% gelegen hatte, sackte sie 1995 auf nur noch 2% ab. Auch in den neuen Bundesländern war ein überproportionales Anwachsen der Insolvenzen zu verzeichnen. Mit rund 1200 lag die Zahl noch einmal um gut zwei Drittel über dem ohnehin schon hohen Niveau des Jahres 1994.

Deutlicher Abschwung in Westdeutschland

1996 wird die westdeutsche Bauwirtschaft einen deutlichen

Abschwung erleben. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie erwartet einen realen Rückgang der Bauinvestitionen von 3%. Im westdeutschen Wohnungsbau werden die Investitionen preisbereinigt um etwa 4% zurückgehen. Die Hauptursachen sind: Die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen im Mietwohnungsbau, die Kürzung der Bundesausgaben für den sozialen Wohnungsbau, nur leicht steigende verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sowie die Neuregelung der Wohneigentumsförderung, die vor allem in Ballungsgebieten mit hohem Preisniveau bremsende Effekte haben dürfte.

Im Wohnungsbau wird es auch 1996 keine Trendwende geben. Die Mehrzahl der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, die bereits im Ausland investiert hat, plant, diese Investitionstätigkeit 1996 noch auszuweiten. Zudem steht auch 1996 bei inländischen Investitionen der westdeutschen

Unternehmen das Rationalisierungsmotiv im Vordergrund.

Im westdeutschen Öffentlichen Bau wird 1996 die Talfahrt weiter anhalten. Die zunehmende Belastung – vor allem der Gemeinden – durch die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sowie durch Zins- und Tilgungszahlungen für den Fonds Deutsche Einheit führt bei stagnierenden Steuereinnahmen den finanzpolitischen Handlungsspielraum gegen Null. Wir erwarten auch 1996 einen deutlichen Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen von 5%.

Wachstumshalbierung in Ostdeutschland

In den neuen Bundesländern wird sich die Wachstumsrate halbieren. Mit einem realen Wachstum von 10% und Gesamtinvestitionen von 71,5 Mrd. DM ist nur noch der Wohnungsbau treibende Kraft der Entwicklung. Vor allem Vorzieheffekte im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Sonderabschreibungen für den ostdeutschen Wohnungsbau Ende 1996 sorgen für diesen deutlichen Schub.

Im Wirtschaftsbau rechnen wir nur noch mit einem leichten Wachstum. Allerdings ist die Situation sehr labil. Zwar stieg in den ersten neun Monaten des Jahres 1995 der Auftragseingang in dieser Sparte in Ostdeutschland preisbereinigt noch einmal um 3%, im gleichen Zeitraum ging allerdings das Genehmigungsvolumen um 11% zurück. Der drastische Rückgang der Genehmigungszahlen für Handels- und Lagergebäude zeigt, daß der Investitionszyklus im ostdeutschen Groß- und Einzelhandel seinen Höhepunkt bereits überschritten hat.

Im ostdeutschen Öffentlichen Bau erwarten wir 1996 Stagnation.

Die ostdeutschen Länder und Gemeinden haben in den fünf Jahren seit der Wiedervereinigung bereits einen so hohen Schuldenstand aufgebaut, daß auch sie nunmehr an die Grenzen ihrer Investitionsmöglichkeiten stoßen. Dabei muß allerdings bedacht werden, daß 1996 die öffentlichen Investitionen pro Kopf der Bevölkerung in Ostdeutschland mehr als doppelt so hoch sein werden wie in Westdeutschland.

Verschärfter Wettbewerbsdruck

Zu den konjunkturellen Risiken des Jahres 1996 kommen zusätzlich strukturelle Veränderungen auf der Angebotsseite: Die deutsche Bauwirtschaft sieht sich seit mehreren Jahren einer ständig zunehmenden Niedriglohnkonkurrenz west- und südeuropäischer Bauunternehmen ausgesetzt. Da diese Firmen ihre heimischen Arbeiter auch auf Baustellen in Deutschland zu den äußerst günstigen Heimatlohnkonditionen entlohnen dürfen, haben sie – aufgrund der relativ hohen Löhne deutscher Baufacharbeiter – einen deutlichen Wettbewerbsvorteil. Die Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer stieg bis Ende 1995 auf etwa 160 000.

Die starke und weiter zunehmende Präsenz ausländischer Niedriglohnunternehmen ist keine vorübergehende Erscheinung. Aufgrund der hohen Lohnkosten- und damit Wettbewerbsvorteile – in der deutschen Bauwirtschaft machen die Lohnkosten durchschnittlich 45% der gesamten Baukosten aus – ist in der Zukunft eher mit einer weiter zunehmenden Zahl ausländischer Subunternehmer auf dem deutschen Baumarkt zu rechnen.

Unter dem Druck dieser Entwicklung müssen sich die deutschen Baufirmen – vor allem die des Bauhauptgewerbes – dem notwendigen Strukturwandel stellen.

Die dazu notwendigen Anstrengungen konzentrieren sich auf vier Bereiche:

Produktivität

Die deutschen Bauunternehmen haben ihre Produktivität in den 80er Jahren um knapp 2% jährlich steigern können. Die deutsche Bauwirtschaft wird diese Politik der Produktivitätssteigerung in den nächsten Jahren forcieren, und zwar durch:

- eine Anhebung des Qualifikationsniveaus der Belegschaften,
- eine weitere Automatisierung von Baustellenabläufen,
- eine verbesserte Baustellenvorbereitung und Baustellenorganisation,
- die ständige Modernisierung des Geräte- und Baumaschinenparks sowie
- den verstärkten Einsatz von vorgefertigten Bauteilen.

Die vollautomatisierte Großbaustelle, wie sie in Japan entwickelt worden ist, wird es zwar aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit in Deutschland so schnell nicht geben; der Trend zur Teilautomatisierung, vielleicht demnächst auch zum Einsatz von Servicerobotern, wird sich jedoch durchsetzen.

Spezialisierung

Der zunehmende Wettbewerbsdruck ausländischer Niedriglohnunternehmen hat bereits zu einer veränderten Arbeitsteilung auf dem deutschen Baumarkt geführt. Vor allem arbeitsintensive, technisch weniger anspruchsvolle Standardbauleistungen, insbesondere im Hochbau, werden künftig zunehmend von ausländischen Werkvertragsunternehmen erbracht. Dagegen werden sich die deutschen Unternehmen verstärkt auf die Märkte für technisch an-

spruchsvollere Bauleistungen konzentrieren. Der Produktivitätsvorteil ist hier groß genug, um die Lohnkostennachteile auszugleichen.

Diversifizierung

Um dem wachsenden Konkurrenzdruck der Niedriglohnunternehmen zu begegnen – und auch, um sich von den zyklischen Auf- und Abentwicklungen auf dem Baumarkt abzukoppeln –, werden die deutschen Bauunternehmen zunehmend in baunahe Dienstleistungsbereiche diversifizieren. Zu nennen sind hier:

- die schlüsselfertige Erstellung von Bauwerken, die zunehmend insbesondere von privaten Investoren gefordert wird,
- die private Finanzierung und

der private Betrieb bislang öffentlicher Infrastruktureinrichtungen, vor allem im Bereich der Versorgungs- und Entsorgungsinfrastruktur, künftig vielleicht aber auch im Bereich der Verkehrswege,

- die eigenständige Entwicklung und Vermarktung von Bauprojekten sowie
- die Übernahme von Aufgaben aus dem Bereich des Gebäudemanagements.

Internationalisierung

Die größeren Bauunternehmen, aber auch einige mittelständische Spezialisten werden künftig wieder stärker in die Erschließung ausländischer Baumärkte investieren. Gerade die asiatischen Wachstumsmärkte, demnächst aber

auch die Baumärkte der mittel- und osteuropäischen Staaten bieten hier gute Entwicklungsmöglichkeiten, insbesondere für die BOT (build-operate-transfer)-Projekte.

Die deutsche Bauwirtschaft muß sich auf ein schwieriges Baujahr 1996 einrichten. Aufgrund der Kumulation struktureller und konjunktureller Risiken werden sich weitere Unternehmenszusammenbrüche und Beschäftigungsverluste nicht vermeiden lassen. Gleichzeitig erwachsen aber auch aus dem Strukturwandel neue Chancen, sei es im Bereich baunahe Dienstleistungen oder auf Auslandsmärkten. Die Bauwirtschaft bleibt deshalb auch unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen des Jahres 1996 eine Branche mit Zukunft.

Franz-Josef Wissing

Elektrokonjunktur ohne Kraft

Die wirtschaftliche Entwicklung in der deutschen Elektroindustrie blieb 1995 hinter den relativ optimistischen Erwartungen zu Jahresbeginn zurück. Die ungünstige Entwicklung der Wechselkurse und der Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie haben sich im Jahresverlauf als Hypothesen erwiesen, mit denen der Aufschwung in einer frühen Phase belastet wurde. Nach den jetzt vorliegenden, durch die Umstellung der amtlichen Statistik allerdings mit erheblichen Unsicherheiten behafteten Zahlen bis zum dritten Quartal zeichnet sich ab, daß die preisbereinigte Produktion 1995 um gut 3% wachsen wird. Das Wachstum wird also in diesem Jahr im unteren Bereich der Pro-

gnose zu Jahresbeginn liegen, als der ZVEI von einem Produktionswachstum von 3% bis 5% ausging.

Das im ersten Quartal mit einem Plus von gut 8% noch kräftige Produktionswachstum hat sich im zweiten und dritten Quartal deutlich abgeschwächt. Im zweiten Quartal lag die reale Elektroproduktion im Inland lediglich um 3% über dem Vorjahresniveau. Im dritten Quartal betrug der Zuwachs 2%. Bei den Aussichten für das vierte Quartal spielen nicht zuletzt Basiseffekte eine Rolle, nachdem im Vergleichs Quartal des Vorjahres bereits hohe Zuwächse zu verzeichnen waren.

Auch bei den Umsätzen zeigte

sich im Jahresverlauf eine deutliche Abschwächung der konjunkturellen Dynamik. Entsprechend die nachlassende Dynamik des Auslandsgeschäfts noch den Erwartungen, so blieb die erhoffte Belebung des Inlandsgeschäfts weitgehend aus. Nicht nur im Ausland war die Stabilisierung und der Ausbau von Marktpositionen häufig nur durch Preiszugeständnisse zu erreichen.

Wachstum durch Innovationen

Getragen wurde das Wachstum in der Elektroindustrie 1995 entscheidend von der Mikroelektronik. Hintergrund ist der gleichzeitige Durchbruch verschiedener Anwendungen zu breit nachgefragten Massenartikeln. Hierzu

gehören Personal Computer, mobile bzw. schnurlose Telefone sowie die Serienausrüstung von Kraftfahrzeugen mit elektronischen Wegfahrsperrern, ABS- und Airbag-Systemen. Ein Ende dieser Entwicklung ist derzeit nicht absehbar. Vielmehr sind vom Vordringen sogenannter Multimediaanwendungen im beruflichen und privaten Bereich weitere Impulse zu erwarten. Insbesondere die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes wird diese Entwicklung zusätzlich forcieren. Mittelfristig wird sich darüber hinaus die intelligente Verkehrsbeeinflussung mit Hilfe sogenannter Telematiksysteme zu einem Massenmarkt entwickeln.

Nachfragezuwächse verzeichneten auch die Hersteller von Investitionsgütern für industrielle Kunden. Allerdings fielen diese im Inland insgesamt schwächer aus als zu Beginn des Jahres erwartet. Nicht nur Investitionskürzungen, sondern auch die verstärkte Umschichtung von Investitionsvorhaben an andere Standorte machten sich hier bemerkbar. Hiervon profitieren allerdings auch die Exportchancen der im Anlagengeschäft tätigen elektroindustriellen Unternehmen.

Bei den Infrastrukturinvestitionen in der Energietechnik scheint in diesem Jahr das Tief der Investitionstätigkeit durchschritten. Mittelfristig ruhen hier die Hoffnungen auf der notwendigen

Modernisierung des Kraftwerks-parks, die in den nächsten Jahren sowohl in Ost- aber auch in Westdeutschland ansteht. Bei der Telekommunikations- und Verkehrstechnik ist dagegen nach den teilweise deutlichen Einbrüchen der letzten Jahre keine durchgreifende konjunkturelle Tendenzwende erkennbar. Zwar sorgen die beschleunigte Digitalisierung des Netzes der Deutschen Telekom AG, einige Großaufträge der Deutschen Bahn AG sowie die Erfolge bei der Akquisition ausländischer Kunden für eine Aufhellung des Stimmungsbildes. Häufig sind gerade Großaufträge jedoch mit einem äußerst scharfen Wettbewerb und entsprechendem rückläufigen Erträgen verbunden. Hinzu kommt, daß im gesamten Infrastruktur-sektor Auslandsaufträge häufig mit Local-Content-Klauseln verknüpft sind und deshalb im Inland nur eingeschränkt produktions- und beschäftigungswirksam werden.

Sieht man von der stark expandierenden Nachfrage nach Endgeräten der Informations- und Kommunikationstechnik ab, stagniert auch die Inlandsnachfrage nach elektrotechnischen Gebrauchsgütern. Sowohl in der Unterhaltungselektronik als auch bei den Elektrohaushaltsgeräten bewegen sich die Absatzmengen 1995 in der gleichen Größenordnung wie im Vorjahr. Durch die internationalen Lieferverflechtungen bei weitge-

hend ähnlichen Produkten sind diese Branchen zudem besonders stark von der Verschiebung der Währungsparitäten betroffen.

Weiterer

Beschäftigungsrückgang

Der Beschäftigungsrückgang in der Elektroindustrie ist immer noch nicht nachhaltig zum Stillstand gekommen. Zur Jahresmitte hatte es den Anschein, als würden sich die neugeschaffenen und die abgebauten Arbeitsplätze in etwa die Waage halten. Ende September waren in der westdeutschen Elektroindustrie noch 847 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, 27 000 weniger als zu Jahresbeginn. In den neuen Bundesländern stagniert die Zahl der Arbeitsplätze seit längerem bei gut 70 000. Hier stehen der anhaltend schwierigen Situation der mittelständischen elektroindustriellen Unternehmen die hohen Investitionen insbesondere der westdeutschen Elektroindustrie gegenüber, die jetzt zunehmend beschäftigungswirksam werden.

Für eine Entwarnung an der Beschäftigungsfront gibt es angesichts der aktuellen Entwicklung auch weiterhin keine Argumente. Zwar hat sich die Produktivität durch die Verringerung der Fertigungstiefe und den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau weiter verbessert. Aber erst zum Jahresende werden die Belastungen des Tarifabschlusses vom Frühjahr dieses Jahres voll wirksam. So

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

KONJUNKTUR VON MORGEN

Jahresbezugspreis
DM 135,-
ISSN 0023-3439

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

NOMOS VERLAGSGESELLSCHAFT BADEN-BADEN

bedeutet die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeiten seit dem 1. Oktober für die tarifgebundenen Unternehmen in Westdeutschland einen Anstieg der Arbeitskosten pro Stunde um 2,8%. Hinzu kommt die weitere Erhöhung der Tariflöhne um 3,8% seit dem 1. November. In den neuen Bundesländern bedeutet die für den 1. Juli 1996 vorgesehene Anhebung der Tariflöhne auf 100% des Westniveaus einen erneuten Kostensprung um über 11% – und das trotz weiterhin bestehender Produktivitätsunterschiede von knapp einem Drittel. In ganz Deutschland steht zudem für das nächste Jahr der stärkste Anstieg der Sozialversicherungslasten seit der Rentenreform 1957 ins Haus. Die Beitragssätze werden im Lauf des Jahres 1996 um fast zwei Prozentpunkte von 39,3% auf 41,1% der Löhne und Gehälter steigen. Durch diese Faktoren wird – so ist zu befürchten – der mittlerweile erreichte Fortschritt bei den Lohnstückkosten wieder zunichte gemacht werden.

Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung?

Nicht nur an dieser Stelle klafft zwischen den Absichtserklärungen und den Ergebnissen der Wirtschaftspolitik eine deutliche Lücke. Die Industrie braucht jetzt eine nachhaltige Kostenentlastung. Statt dessen wird die Standortbürde noch schwerer. Selbst von der IG Metall sind – wenn auch noch unklare – Signale zu vernehmen, daß es einen Zusammenhang zwischen den standortbedingten Kosten und den Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Auf Seiten der Regierung und auch in den Programmen der Opposition fehlen dagegen die seit langem diskutierten standortpolitischen Weichenstellungen. Auch weiterhin sind keine politischen

Maßnahmen erkennbar, die das Kernproblem der Arbeitslosigkeit an der Wurzel packen.

Vielmehr ist die Reform der Unternehmensbesteuerung erneut ins Stocken geraten. Notwendig wäre jetzt eine wirksame steuerliche Entlastung der im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen. Statt dessen wird die geplante Abschaffung der Gewerbesteuer mit einer Verschlechterung von Abschreibungsbedingungen oder gar mit der Einführung neuer Umweltsteuern verknüpft. Vor diesem Hintergrund kommt auch die Diskussion um die Einführung einer Energie- bzw. Stromsteuer zur Unzeit. Für einen noch besseren Umweltschutz und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind zusätzliche Investitionen der Unternehmen und keine neuen Steuern erforderlich. Eine Sondersteuer auf die Modernisierungsenergie Strom gefährdet nicht nur die Innovationskraft in verschiedenen Sektoren der Industrie und damit das industrielle Netzwerk, das zu den Stärken des Standortes Deutschland zählt. Der konsequente Einsatz von Strom trägt darüber hinaus entscheidend zur Verringerung des Primärenergieverbrauchs bei. Eine Stromsteuer würde zudem die Energie aus Windrädern ebenso verteuern wie die aus Kohlekraftwerken oder die praktisch emissionsfreie Kernenergie.

Neue Belastungen für den Standort sind auch von der geplanten Elektronikschrott-Verordnung zu befürchten. Erneut hat die Politik die Einrechnung von Sammel- und Verwertungskosten in die Verkaufspreise von Neugeräten zum obersten Prinzip erhoben. Unverständlich ist nicht nur der ökologische Nutzen einer Einrechnung von Kosten, die kaum planbar sind und für die

Leistungen erst in zehn oder zwanzig Jahren erbracht werden. Eine Einrechnung erfordert darüber hinaus kostspielige Sortier- und Kontrollsysteme. Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Industrie am Standort Deutschland sind kaum vermeidbar. Der ZVEI hat frühzeitig Wege aufgezeigt, wie die getrennte Verwertung gebrauchter Elektrogeräte auch ohne Wettbewerbsverzerrungen und neue Bürokratien gefördert werden kann. Im Mittelpunkt steht dabei das einfache marktwirtschaftliche Prinzip, daß die Verbraucher für die Entsorgung in dem Moment bezahlen sollen, in dem sie auch die Leistung in Anspruch nehmen.

Weitere Wachstumsabschwächung in 1996

Weiter bestehende Wettbewerbsnachteile des Standortes Deutschland und eine Abschwächung der Exportkonjunktur bestimmen die Prognose für 1996. Zwar gibt es keine Indizien für einen erneuten Rückfall in die Rezession. Es gibt aber auch keinen Anlaß, auf eine erneute Beschleunigung des Wachstums im nächsten Jahr zu hoffen.

Die Antriebskräfte aus dem Export werden angesichts der konjunkturellen Situation auf den wichtigsten Auslandsmärkten weiter nachlassen. In Großbritannien, Italien, den Niederlanden und in Skandinavien wird sich das Wachstum der Elektronachfrage 1996, nach Zuwächsen von rund 6% in diesem Jahr, deutlich abschwächen. Dies gilt auch für die USA. Die weiterhin hohen Zuwachsraten in Südostasien, Lateinamerika und Osteuropa werden nicht ausreichen, um das hieraus resultierende Nachlassen der Exportdynamik aufzufangen. Erst jetzt werden zudem die Wech-

selkursverschiebungen im konkreten Geschäft zunehmend spürbar.

Im Inland werden die Steuerentlastungen der privaten Haushalte durch den Anstieg der Sozialabgaben um rund 30 Mrd. DM weitgehend aufgezehrt. Für eine Belebung des Konsums bleiben so nur geringe Spielräume, zumal die Sparquote mit nur 10,8% bereits einen extrem niedrigen Stand erreicht hat. Wichtige Abnehmer-

branchen wie der Maschinenbau und die Automobilindustrie rechnen ebenfalls mit einer langsameren Gangart der Konjunktur. Voraussichtlich werden sich hier die Wachstumsraten im nächsten Jahr halbieren. Auf der anderen Seite geht auch weiterhin eine gewisse Zugkraft von den innovativen Anwendungen der Mikroelektronik und der Schlüsselrolle der Elektrotechnik und Elektronik bei Modernisierungs- und Rationalisie-

rungsanstrengungen in praktisch allen Bereichen der Wirtschaft aus.

Für die deutsche Elektroindustrie ergibt sich hieraus eine Prognose, die für 1996 eher eine weitere Wachstumsabschwächung erwarten läßt. Allerdings ist auch für übertriebenen Pessimismus kein Anlaß. Aus heutiger Sicht wird das Wachstum der Elektroproduktion in Deutschland über 2% nicht hinauskommen.

Hans-Jürgen Zechlin

Gedämpfte Erwartungen im Maschinenbau

Der Maschinenbau hat die schwierige Rezession zu Beginn der 90er Jahre, die viel industrielle Substanz gekostet und den Verlust vieler Arbeitsplätze mit sich gebracht hat, überwunden. Gleichwohl muß kurz vor dem Jahreswechsel 1995/1996 ein Fragezeichen hinter die Stärke und Dauer des gegenwärtigen Aufschwungs gesetzt werden.

Nach einem vielversprechenden Start zum Jahresbeginn 1995 gab es mit dem überzogenen Tarifabschluß im Frühjahr einen ersten Rückschlag, gefolgt von kräftigen Währungsabwertungen wichtiger Konkurrenzländer. Beides verunsicherte die Maschinenbaukunst im Inland und dämpfte deren Investitionsneigung. Folgerichtig begann die Inlandsnachfrage nach Maschinen im Sommer zu stocken. Im Vorjahresvergleich reichte es im dritten Quartal 1995 real gerade noch zu einem bescheidenen Anstieg von 2%.

Aber auch in ihrem Auslandsgeschäft mußten die Maschinenhersteller einen Dämpfer hinnehmen. Das dritte Quartal 1995

konnte nur mit Hilfe einiger Großanlagenabschlüsse das Vorjahresniveau um real 4% übertreffen. Diese Abschwächung läßt sich mit dem verlangsamten Wachstum in wichtigen Abnehmerländern allein nicht mehr erklären. Sie ist auch eine Folge der Wechselkursverschiebungen, die das ohnehin bestehende Preishandicap der deutschen Hersteller weiter erhöhte.

Da die meisten Maschinenbauer über hohe Auftragsbestände verfügen, tangiert die Abschwächung im Auftragseingang die Produktion nicht sofort. Dies läßt sich schon an der Kapazitätsauslastung ablesen, die sich bei 88% eingependelt hat. Rein statistisch gesehen ist das ein Wert im optimalen Bereich. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß im Zuge der Rezession erhebliche Kapazitäten verlorengegangen sind.

Aufschwung ohne Beschäftigungszuwachs

Insgesamt wird die Produktion im Jahr 1995 um real 7% steigen, nach einem Produktionswachstum von real 2% im vergangenen Jahr. Damit wird allerdings erst knapp

die Hälfte des seit 1991 eingebüßten Terrains zurückgewonnen.

Der Produktionsanstieg hat sich bislang allerdings nicht in mehr Beschäftigung niedergeschlagen. Weiterhin werden durch Produktionsverlagerungen ins Ausland sowie Abbau im Organisations- und Verwaltungsbereich Mitarbeiter freigesetzt und damit Einstellungen im produktiven Sektor überkompensiert. Laut Ifo-Konjunkturtest vom Oktober dieses Jahres wollen 20% der Maschinenbauunternehmen in den nächsten drei Monaten die Zahl ihrer Mitarbeiter reduzieren, lediglich 7% wollen zusätzliche Arbeitskräfte einstellen. Unter dem Strich dürfte 1995 die Beschäftigtenzahl des Maschinenbaus weiter zurückgegangen sein, und auch für 1996 ist in Anbetracht der labilen Konjunktur ein Beschäftigungsaufbau nicht in Sicht.

Belastend wiegt ebenfalls, daß es bisher nicht allen Herstellern gelungen ist, ihre Ertragslage nachhaltig zu verbessern, die vorangegangenen Kapitaleinbußen voll auszugleichen und sich so „wet-

terfest“ für den nächsten konjunkturellen Abschwung zu machen.

Labile Konjunktursituation

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die derzeit verhaltene Nachfrage schon das Ende des Aufschwungs einläutet oder ob es sich nur um einen zeitweisen Tempoverlust handelt. Für die zweite Version, also für die Annahme einer Auftragseingangselle, spricht, daß die Rationalisierungs- und Innovationsmöglichkeiten im Inland bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Außerdem wird das Investieren durch niedrige Zinsen und ein hohes Fremdkapitalangebot begünstigt. Die abwartende Haltung der inländischen Investoren könnte demzufolge eine temporäre Reaktion auf die Fehlentwicklungen dieses Jahres sein. Ähnliches haben wir in den Jahren 1986/87 schon einmal erlebt.

Im Ausland versprechen die Prognosen für 1996 auf allen wichtigen Absatzmärkten eine Fortsetzung des Aufschwungs, wenn auch mit reduzierten Zuwachsraten. Vor diesem Hintergrund sollte auch die internationale Maschinennachfrage weiterhin lebhaft bleiben. Viel hängt jedoch davon ab, wie weit es den deutschen Herstellern gelingt, ihre Marktanteile zu verteidigen.

In technologischer Sicht ist das deutsche Maschinenangebot nach wie vor führend. Der deutsche Maschinenbau ist die einzige große Industriebranche, die vor den USA und Japan „Patentweltmeister“ ist. Kein anderes Wettbewerberland verfügt über eine ähnlich breite Palette von rund 20 000 verschiedenen Problemlösungen und Produktionsverfahren. Das Innovationstempo ist mit jährlich 4000 bis 5000 neuen Produkten ungebrochen hoch.

Es spricht also einiges für eine nur vorübergehende Nachfrageschwäche. Ganz klar muß jedoch herausgestellt werden, daß dies zur Zeit die optimistische Variante ist. Sicher ist: Das Produktionswachstum des deutschen Maschinenbaus wird sich 1996 deutlich abschwächen. Aus heutiger Sicht läßt sich deshalb für das kommende Jahr nur noch ein reales Produktionsplus von 3% prognostizieren, das zudem von einem hohen Auftragsüberhang aus dem laufenden Jahr 1995 zehrt.

Rationalisierung im Aufschwung

Die Maschinenbauunternehmen sind vor diesem Hintergrund bemüht, bereits im Aufschwung alle sich bietenden Rationalisierungschancen wahrzunehmen. Das ist neu: In früheren Konjunkturzyklen wurden die Rationalisierungsarbeiten schwerpunktmäßig im Abschwung erledigt. In der Phase konjunktureller Erholung ging es dann eher darum, Kapazitäten zu erweitern, zu produzieren und die Lieferfristen einzuhalten.

Im gegenwärtigen Aufschwung – dessen Stärke und Dauer möglicherweise zu kurz und zu schwach ausfallen – sieht das anders aus. Die Rahmenbedingungen am Produktionsstandort Deutschland haben sich noch nicht gebessert. Die Wirtschaftspolitik hat ihre Hausaufgaben noch nicht erledigt. Das läßt sich am Beispiel des Jahressteuergesetzes belegen:

Die Regierung steht unverändert im Wort mit der immer wieder verschobenen Unternehmensteuerreform. Die Substanzsteuern – Gewerbesteuer, Vermögensteuer und Erbschaftsteuer auf das betriebsnotwendige Vermögen – werden nicht angetastet. Sie gefährden nicht nur die Fortführung von Betrieben, sondern auch die Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Mit der Verlagerung der Kindergeldzahlung auf die Betriebe hat sich der staatlich verordnete Weg in die Regulierung erneut verschärft.

Die verminderte steuerliche Anerkennung von Reisekostenpauschalen für Vertriebs- und Servicemitarbeiter konterkariert die Exportanstrengungen der deutschen Maschinenbauer.

Das Vertrauen der Unternehmen in die politische Kraft, die Standortbedingungen in Deutschland zu verbessern, hat folgerichtig nicht zugenommen. Die Maschinenbauer sind vor diesem Hintergrund bemüht, bereits im Aufschwung alle sich bietenden Chancen zur Produktivitätssteigerung wahrzunehmen. Außerdem versuchen sie, die Kosten durch verstärkten Zukauf in Niedriglohnländern zu drücken. Gleichzeitig ändern sich die Investitionsziele deutscher Auslandsinvestitionen. War früher die Sicherung von Auslandsmärkten wichtigstes Investitionsmotiv, so haben jetzt die Sicherung niedrigerer Kosten durch Produktion im Ausland und die Absicherung gegen Währungsveränderungen Priorität. Inzwischen sind bereits rund 200 000 Mitarbeiter in Auslandsunternehmen deutscher Maschinen- und Anlagenbauer beschäftigt.

Mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Maschinenbaus sind diese Entwicklungen insgesamt positiv zu beurteilen. Für den heimischen Arbeitsmarkt heißt dies jedoch, daß der Konjunkturaufschwung nicht beschäftigungswirksam ist. Dieses Dilemma spiegelt die ungelösten Probleme des Standortes Deutschland wider. Nach wie vor muß deshalb eine nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen gefordert werden.